

Politisches Forum Ruhr

Essen, 17. Juni 2009

Menschenrechte als Interessenpolitik: Lernen aus den deutschen Diktaturerfahrungen

von

Günter Nooke

**Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik
und Humanitäre Hilfe**

**Es gilt das gesprochene Wort.
Sperrfrist 19.30 Uhr, Redebeginn**

Sehr geehrter Herr Holthoff-Pförtner,
sehr geehrte Herr Hombach,
Exzellenzen, sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir uns heute vor 20 Jahren in Essen getroffen hätten – was mir nicht möglich gewesen wäre als kritischem DDR-Bürger -, hätten wir uns an einem Feiertag getroffen: kaum jemand hätte arbeiten müssen, die Geschäfte wären geschlossen geblieben. Vielleicht hätte es sogar die eine oder andere Gedenkveranstaltung gegeben: Heute vor 20 Jahren wurde in der „alten“ Bundesrepublik zum letzten Mal der Tag der deutschen Einheit mit kleinem „d“ offiziell gefeiert.

Der 17. Juni 1953 war der Tag der ersten großen Unruhen im Ostblock, kurz nach Stalins Tod im März 1953. Im Osten demonstrierten damals in mehr als 700 Orten Hunderttausende gegen die Regierenden.

Was macht diesen Tag so besonders?

Angefangen hatte es ja 1953 mit dem Protest der Arbeiter gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen in einer ohnehin schon brenzligen Gesamtlage. Aber was sich dann am 17. Juni 1953 Bahn brach, war mehr als der Kampf gegen Arbeitsnormen. Sehr schnell ging es auch um freie Wahlen und um die Einheit Deutschlands, also um die Änderung der Machtverhältnisse in Ostberlin. Der 17. Juni war für die Geschichte Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg ein Aufschrei und ein Leuchtturm der Freiheit, an dem wir uns auch in tagesaktuellen Fragen orientieren können.

Das war der Grund, warum der 17. Juni gleich im Jahr danach in der alten Bundesrepublik zum Feiertag erklärt wurde. Und das ist der Grund, warum ich mich sehr darüber freue, gerade heute zu Ihnen sprechen zu können.

Ich selbst bin im Osten Deutschlands aufgewachsen, und es versteht sich von selbst, dass in der Deutschen Demokratischen Republik natürlich nicht an die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes und die vielen Toten erinnert werden durfte. Hier herrschte nach der Theorie des Marxismus/Leninismus eine "Diktatur des Proletariats". Ein Volksaufstand der Arbeiter gegen die eigene „Arbeiterführung“ war damit logisch ausgeschlossen.

Dem Schweigen im Osten stand ein lautes Erinnern im Westen gegenüber. Gerade in den letzten Jahren vor 1989 wurde in der alten Bundesrepublik viel darüber gestritten, ob ein solches Erinnern angesichts von Entspannungspolitik und „Wandel durch Annäherung“ noch angemessen sei: Im Kalten Krieg waren die Toten der einen Seite die Helden der anderen. War es gemeinsame Geschichte, an die überall in Deutschland – und dazu zählten ja nach bundesdeutschem Grundgesetz auch die DDR – erinnert werden sollte? Oder war es Wasser auf die Mühlen der Ewiggestrigen, die den Status Quo nicht anerkannten und weiter von der Wiedervereinigung des Vaterlandes träumten?

1989 hielt Erhard Eppler im Deutschen Bundestag die Festrede zum 17. Juni. Diese Rede fiel in eine bewegte Zeit: Ungarn hatte im Mai aus Kostengründen, also ganz pragmatisch, beschlossen, die Grenzanlagen zu Österreich nicht zu erneuern, sondern abzureißen. Die blutige Niederschlagung der Studentenproteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking war gerade mal zwei Wochen her. Und ebenfalls am 4. Juni 1989 errang die Solidarnosc-Bewegung bei den ersten halbfreien Sejm-Wahlen in Polen 99 % der frei gegebenen Mandate. Die beliebte Schauspielerin Joanna Szczepkowska sagte damals einen nicht vorgesehenen, denkwürdigen Satz in die Kamera: „Meine Damen und Herren, am 4. Juni 1989 ist in Polen der Kommunismus zu Ende gegangen.“ Theodor Masowiecki, ein erklärter Antikommunist, wurde polnischer Ministerpräsident. Wie Sie wissen, begann das alles schon 1980 in Danzig mit den Protesten der Werftarbeiter. In einem sozialistischen Land war von der Regierung eine unabhängige Gewerkschaft zugelassen worden. Ich erinnere mich noch als ich gerade von einer Bergtour durch Bulgarien zurückkam und mir meine Mutter davon berichtete. Ich erwiderte spontan: Das ist der Anfang vom Ende.

Was ging da vor und wieso entwickelte sich eine solche Eigendynamik? Freiheit ist ein ganz besonderer Stoff, eine beinahe ansteckende Materie. Wer sie einmal kennen gelernt hat, wird sie nicht mehr missen wollen. Wenn einmal Luft hereingekommen ist in vakuumverpackte Gesellschaften, dann kann man den Zustand des Vakuums nicht wieder durch Verschließen der Öffnungen herstellen. Insofern hat die DDR-Führung um SED-Generalsekretär Erich Honecker und den Chefideologen Kurt Hager in gewisser Weise recht gehabt, wenn sie gegen den Umbau und das neue Denken in Moskau seit der Machtübernahme durch Michail Gorbatschow 1985 polemisierten: Nur weil der Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sei man noch lange nicht verpflichtet, das ebenfalls zu tun.

Und in der Tat: Glasnost und Perestroika, also Öffnung und Umgestaltung, sollten nach Gorbatschows Vorstellungen den Sozialismus und die Sowjetmacht retten. Im Westen ist Gorbatschow auch deshalb berühmt geworden, weil er mit seinen ursprünglichen Intentionen auf

so sympathische Art scheiterte und genug Skrupel besaß, dieses Scheitern nicht mit aller Gewalt zu verhindern.

Anrede,

zum geschichtlichen Hintergrund des Jahres 1989 gehören freilich noch andere Einflüsse. Zunächst einmal die ökonomischen Randbedingungen, die Diktatoren und Täter in einem Unrechtsstaat nicht ganz so frei und unter Ausschluss der Öffentlichkeit agieren lassen, wie sie sich das gern wünschten.

Ökonomisch war der Ostblock mit seiner Planwirtschaft hoffnungslos unterlegen. Man hatte inzwischen in einigen sozialistischen Staaten wie Rumänien, Bulgarien aber auch Polen wieder Probleme mit der Grundversorgung der Bevölkerung. Doch auch die DDR musste spürbare Einschnitte hinnehmen und war in den 1980er Jahren mehrmals am Rande der Zahlungsunfähigkeit. Übrigens durchaus auch ausgelöst durch Ronald Reagans Raketenpläne und das Wettrüsten, das auch auf Seiten der Sowjetunion bezahlt werden musste.

Die 1982 ins Amt gekommene und 1983 wieder gewählte Bundesregierung unter Helmut Kohl hatte zwar über den bayrischen Ministerpräsidenten Franz Joseph Strauß Milliardenkredite für die DDR vermittelt, aber nicht vergessen klare Forderungen zu stellen: Mehr Besuchsmöglichkeiten für ganz normale DDR-Bürger bei ihren Verwandten in Westdeutschland oder anderswo im NSW, im Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, wie es damals hieß.

Zu den weltweiten gesellschaftlichen Veränderungen zählte ganz sicher, dass schon 1978 in Rom ein polnischer Papst gewählt wurde, der ziemlich unverhohlen sein Pontifikat für Ordnungsrufe an die kommunistischen Führer im damals so genannten kommunistischen Weltsystem nutzte. Er stellte sich bewusst an die Seite der Unterdrückten, machte den Menschen Mut und gab Ihnen neue Hoffnung.

Das war – in a nutshell – die Situation, als Eppler seine Rede hielt. Niemand konnte ahnen, wie nahe das Ende der DDR im vorrevolutionären Juni '89 war. Eppler versuchte damals das allgemeine Gefühl der politischen Klasse im Westen einzufangen und in politisch links wie rechts zustimmungsfähige Sätze zu fassen. Ich erinnere mich, dass ich diese Rede an jenem Samstag in meiner Tischlerwerkstatt in meiner Lausitzer Heimat hörte und sie weitgehend positiv aufnahm.

Eppler sprach von der Solidarität mit jenen, "die damals mutig gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung aufbegehrten, in gleicher Weise mit jenen, die heute als einzelne und in Gruppen für Freiheit, für mehr Bürgerrechte mit außergewöhnlichem Mut eintreten."

Da waren wir gemeint! Eppler weiter: "Was sie von uns vor allem erwarten können, ist unser Einsatz für Freiheit, Freizügigkeit und Selbstbestimmung."

Mir war schon klar: dieser Satz galt nicht in erster Linie mir in Forst in der Lausitz. Er war zunächst vor allem eine Aufforderung an die Zuhörer der Bonner Feierstunde und Mahnung an die eigenen Genossen, die übrigens im SPD-Parteivorstand diese Rede sehr kritisch nachbereiteten. Aber er hat auch kurz vor der polnischen Grenze Mut gemacht!

Sätze wie "Es bleibt die Aufgabe dieses Hauses, Sprachrohr aller Deutschen zu sein." waren wichtig für uns. Wir wollten zwar die DDR und unsere Heimat nicht verlassen. Aber man wusste nie, was politisch noch alles passierte, was einem selbst und der Familie – meine Frau war genauso engagiert wie ich und wir hatten damals schon drei Töchter – alles widerfahren konnte.

Deshalb war es auch im wörtlichen Sinne eine Lebensversicherung für uns zu wissen: Auch wir aus dem Osten, aus dieser „komischen DDR“, sind Deutsche nach dem Grundgesetz. Es gibt diesen sicheren Hafen, der uns aufnimmt.

Und deshalb haben wir auch gehofft, dass sich Erich Honecker mit seinen Geraer Forderungen nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft nicht durchsetzen würde. Die meisten Sozialdemokraten und selbst einige in der Union wollten allerdings darauf eingehen und dachten, es diene der Entspannung. Aus eigener Erfahrung kann ich für die oppositionellen Gruppen in der DDR nur sagen: schon die Diskussion darüber bewirkte das genaue Gegenteil!

"Die Zukunft gehört nicht den Unterdrückern der Freiheit. Die Zukunft gehört dem freien Austausch von Meinungen und Ideen. Die Zukunft gehört der Begegnungsfreiheit der Menschen in Ost und West. Sie gehört der Demokratie, den Menschenrechten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker." Jeder einzelne dieser prophetischen Sätze Eppers von damals ist heute noch genauso gültig. Ja, er ist sogar wichtiger als damals, weil wir uns nach erlangter Freiheit in Deutschland im Gegensatz zu den Zeiten der Teilung kaum noch bewusst machen, wie viele Unterdrücker auch heute weltweit ihr Unwesen treiben, wie viele Menschen sich nach Freiheit, elementaren Menschenrechten und Selbstbestimmung sehnen. Unser Land steht – Gott sei Dank – nicht mehr im Fokus des Freiheitskampfes. Aber das enthebt uns nicht von der Verpflichtung hinzuschauen und die Stimme da zu erheben, wo es nötig ist.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind wir nicht nur beim Thema sondern auch bei der Überschrift meines Vortrages angekommen. Ich habe diese Einladung nicht nur gerne angenommen und empfinde es als eine Ehre, hier vor Ihnen beim Politischen Forum Ruhr sprechen zu dürfen. Mein Vortrag trägt den Titel: "Menschenrechte als Interessenpolitik - Lernen aus den deutschen Diktaturerfahrungen". Ich bin also nicht nur gekommen, um Geschichte und Geschichten zu erzählen. Der Titel formuliert allerdings einen großen Anspruch, der uns leicht überfordern kann. Aber – da bin ich mir ganz sicher – er verdient eine genauere Betrachtung.

Ich habe schon von meinen eigenen Erfahrungen und denen aus der Geschichte der sowjetischen Besatzungszone und der DDR gesprochen. Mir liegt sehr am Herzen, auch im Folgenden immer wieder Bezüge dazu herzustellen und eigene Erfahrungen einfließen zu lassen. Denn ich glaube, dass wir diese Erfahrungen so konkret wie möglich darstellen zu müssen, um klar zu machen, wie groß das Geschenk der Freiheit ist, warum es sich lohnt, dafür täglich einzutreten. Und damit sind wir auch an dem Punkt, an den der Titel des Vortrags uns führen möchte. Es geht ja nicht um das Beschreiben von Diktaturerfahrungen an sich, sondern um die Frage, was wir daraus lernen und wie wir heute in Deutschland und Europa Außenpolitik konzipieren sollten.

Wenn wir über historische Erfahrungen in Deutschland und Europa sprechen, dann gehören dazu natürlich auch: das Entstehen für die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg und der Shoah, dem

millionenfachen, industriellen Massenmord an den europäischen Juden. Der Holocaust an sechs Millionen Juden ist einmalig. Gerade die perfekte, aseptische technische Umsetzung bleibt im Grunde unfassbar. Bei allen Vergleichen mit dem, was davor und auch danach geschah, können wir nur vor Scham und Schrecken erstarren. Aber das wäre zu wenig. Was heißt es, unsere Verantwortung als Deutsche für dieses größte Menschheitsverbrechen dauerhaft zu tragen?

Verantwortung ist nicht beschränkt auf die Vergangenheit. Bezogen auf die Zukunft ist damit gemeint, die vor uns liegenden Herausforderungen zu bestehen. Zukunft ist offen und ereignet sich im Spielraum zwischen Notwendigem und Unmöglichem. Wer also verantwortlich handeln will, wer bereit ist Verantwortung zu übernehmen, muss seine eigene Entscheidungsfreiheit bejahen und sie in kluger Weise nutzen.

Genau dieser Forderung muss sich Deutschland stellen. Im vergangenen Jahr am 3. Oktober sind die Deutschen volljährig geworden.

Anrede,

Entscheidungsspielräume zu nutzen erscheint auf den ersten Blick als Selbstverständlichkeit. Das ist es freilich nicht: So konnte etwa Außenminister Hans-Dietrich Genscher mit einem einzigen Satz erfolgreich deutsche Außenpolitik betreiben: Von deutschen Boden soll nie wieder Krieg ausgehen. Und damit auch jeden weiteren Spielraum verschließen.

Erich Honecker disziplinierte die Menschen in der DDR, wenn er behauptete, wer die Politik der „Partei- und Staatsführung“ kritisiere, sei gegen deren immer wieder erklärte Friedenspolitik und gefährde demnach den Weltfrieden.

In beiden Teilen Deutschlands war es auf je unterschiedliche Weise schwierig, dagegen rationale Debatten zu führen.

Im Osten führte der kleinste Widerspruch gegen die Machthaber in den 1950er Jahren zu mehrjährigen Haftstrafen. Seit den 1970er Jahren kam es immer öfter zur Ausweisung aus der DDR. Dafür hatte die DDR wie noch heute jede halbwegs „gut organisierte Diktatur“ so genannte Schubladenparagraphen im Strafgesetzbuch, die je nach Belieben der Parteiführung zur sofortigen Unschädlichmachung einzelner Oppositioneller eingesetzt werden konnten.

Im Westen verhinderte der „Mainstream“ eine ehrliche Debatte über Deutschlands Rolle in der Welt. Es fällt mir schwer, dafür nach all den Debatten der Altachtundsechziger über Status Quo und die positiven Seiten der DDR und anderer sozialistischer Bewegungen und Regierungen in der Welt Verständnis aufzubringen.

Anrede,

die vielleicht wichtigste Lernerfahrung derjenigen, die Diktatur und Menschenrechte verachtende Regierungen persönlich erlebt haben, lautet doch: Keine noch so positiven Ziele rechtfertigen Gewalt und Unterdrückung. Das wusste im Übrigen auch Karl Marx: Die guten Ziele werden durch die schlechten Mittel, die zu ihrer Erreichung eingesetzt werden müssen, verraten. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel auf formulierte das 2007 auf einem CDU-Parteitag in nur vier Worten: „Sozialismus endet immer totalitär.“

Seit der Friedlichen Revolution vom Herbst 1989, der einzigen erfolgreichen Freiheitsrevolution in Deutschland, und der staatlichen Einheit in Freiheit am 3. Oktober 1990 sind die Handlungsoptionen Deutschlands gewachsen. Internationale Verantwortung einer Bundesregierung bedeutet heute, Antworten zu geben, sich entscheiden zu müssen zwischen den vielen großen und kleinen Übeln in der Welt.

Es war m. E. immer falsch zu meinen, aus unserer schrecklichen Vergangenheit, aus Holocaust und NS-Diktatur abzuleiten, Deutschland könne, ja dürfe sich nicht international engagieren. Wer Entscheidungsmöglichkeiten und Zukunftsoptionen auf Grund seiner Vergangenheit verneint, entzieht sich damit indirekt jeder Verantwortung; handelt also verantwortungslos.

Das gilt für den Einzelnen genauso wie für Regierungen und Staaten. Dieser romantische Rückzug der Deutschen in die kleinbürgerliche Provinz ist uns erst recht seit der Überwindung der deutschen Teilung verwehrt. Wir müssen lernen, die richtigen Schlüssen aus der Geschichte zu ziehen. Wir müssen unseren eigenen Weg finden zwischen dem, was uns festlegt, und dem, was auch uns Deutschen zukünftig möglich ist.

Eine falsche Schlussfolgerung nach Holocaust und verlorenem Weltkrieg zogen all jene, die meinten, die deutsche Teilung sei die Sühne für Auschwitz und sie müsste deshalb ewig bestehen bleiben. Bei nur geringfügiger Lüftung der ideologischen Verblendung hätte man erkennen können, wie zynisch eine solche Aussage gegenüber all jenen war, die wie ich im Osten Deutschlands geboren wurden. Deren Eltern und Großeltern waren nicht mehr und nicht weniger für Hitler verantwortlich und hatten sich der NS-Verbrechen auch nicht schuldiger gemacht als jene, die nach 1945 das Glück hatten, in Westdeutschland zu leben.

Am deutlichsten wurde mir das bei einer Podiumsdiskussion beim statt-Kirchentag in der Leipziger Lucas-Kirche am 8. Juli 1989, also der alternativen Gegenveranstaltung zum offiziellen Kirchentag, als eben jener Erhard Eppler, drei Wochen nach seiner Bundestagsrede, mit einem starken Satz in die Debatte einstieg: „Die Mauer gehört zur Statik des europäischen Hauses.“ Die Diskussion war hochinteressant, aber nicht wirklich zielführend, bis endlich das Publikum zu Wort kam. Einer der anwesenden Oppositionellen fragte daraufhin: Herr Eppler, was machen sie eigentlich, wenn in der DDR die Mehrheit der Bürger ganz demokratisch beschließen würde, dass sie diese Mauer gar nicht wollen?

Keine Statik der politischen Architektur, auch heute nicht, kann auf Dauer tragfähig sein, wenn nicht eine Mehrheit der Menschen in freier Entscheidung sie für richtig hält und mitträgt. Dieser Satz ist ein Plädoyer dafür, dass wir für eine erfolgreiche Menschenrechtspolitik vor allem auch den Blick aus der Perspektive der Betroffenen brauchen.

Anrede,
lassen Sie mich erklären, warum ich diese Perspektive nicht für idealistisch, sondern vielleicht sogar für machtpolitisch geboten und auf Grund unserer Geschichte für eine nahe liegende Idee halte.

Sie ist nicht neu und spielte schon bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Rolle. Offensichtlich war diese Perspektive die Antwort auf die Menschenverachtung

und das unsägliche Leid, das durch den Nationalsozialismus, durch den mit ihm vollzogenen Zivilisationsbruch der Shoa und den Zweiten Weltkrieg ausgelöst wurde.

Wir haben gerade im Mai 60 Jahre Grundgesetz gefeiert, zu Recht! Unsere Verfassung beginnt mit dem eindeutigen Bekenntnis: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Der klaren Aufforderung: „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und im Absatz (2) des Artikel 1 heißt es weiter: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

So einfach sollten alle Verfassungen dieser Welt beginnen! Wir sollten uns dieses Schatzes nicht nur zu Jubiläumsfeiern erinnern! Aber darauf darf sich keiner ausruhen. Kein einziger dieser Sätze ist selbstverständlich. Die Menschenwürde wird auch heute - wenn auch in unterschiedlicher Weise - fast über all auf der Welt verletzt. Und ist es auf der Erde in Zeiten asymmetrischer Kriege und unvorstellbarer Armut vor allem in Afrika wirklich friedlicher geworden?

Von Kofi Annan stammt das schöne Bild, dass der Weltfrieden auf drei Säulen ruht: Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte. Er stellte in seiner großen Rede „In larger Freedom“ treffend fest: Es gibt keine Sicherheit ohne Entwicklung, keine Entwicklung ohne Sicherheit, und weder Sicherheit noch Entwicklung ohne Menschenrechte. Man könnte also sagen: Die weltweite Verwirklichung von Menschenrechten ist die wichtigste Voraussetzung für menschliche Entwicklung - die Freiheit von Not und Armut, und menschliche Sicherheit - die Freiheit von Angst und Gewalt.

Ich bin dagegen, alles, was uns politisch wichtig und wünschenswert erscheint, unter der Überschrift der Menschenrechte zu diskutieren. Deshalb halte ich es für richtig und hilfreich, von drei Säulen zu sprechen. Damit erkenne ich implizit die Widersprüche an, die zwischen Freiheit und Sicherheit und auch zwischen effizienter Wirtschafts- und Entwicklungspolitik und Menschenrechten liegen können.

Und ich plädiere dafür, einmal etwas genauer auszubuchstabieren, was es eigentlich heißt, sich als Bundesregierung und vielleicht sogar als Europäische Gemeinschaft ganz besonders für die Tragfähigkeit der dritten Säule, eben der Menschenrechte, einzusetzen.

Ich bin übrigens überzeugt, dass wir das öfter tun, als wir davon sprechen oder uns das bewusst ist. Und das in dieser dritten Säule eine besondere Stärke deutscher und europäischer Außenpolitik liegt.

Wir sind nicht nur auf Grund unserer Geschichte und unseres Grundgesetzes mehr als andere dazu verpflichtet. Ich glaube auch, dass wir die Verantwortung für unsere Geschichte doch sehr weitgehend angenommen haben. Wir haben uns um Aufarbeitung bemüht: der schrecklichsten Verbrechen, der angemessenen Würdigung der Opfer. Gedenkstätten aufwendig hergerichtet als Lernorte für nachfolgende Generationen. Unbefriedigend blieb die finanzielle Entschädigung der SED-Opfer. Aber auch die Akten eines der besten Geheimdienste der Welt wurden gleich nach dem Ende der DDR offen gelegt. Und gerade jetzt, im 20. Jahr des Mauerfalls, erobert die Erinnerung an Todesstreifen und Stacheldraht, an Stasi-Untersuchungshaft und eben auch an die

glücklichsten Momente deutscher Geschichte im Herbst 1989 langsam das gesamtdeutsche Bewusstsein.

Solange wir diesen Weg des erfolgreichen Umgangs mit der eigenen, negativen Nationalgeschichte nicht als deutschen Sonderweg der Vergangenheitsaufarbeitung weltweit zur Norm erheben, haben wir uns damit im Ausland auch viele Sympathien erworben. Man traut uns einiges zu; andere wissen, was wir erlebt haben.

Mit dieser Glaubwürdigkeit muss doch etwas anzufangen sein! Die Erwartungshaltungen an Deutschland und die Anerkennung, die mir bei meinen Reisen durch die Welt in fast allen Regionen begegnen, verhalten sich diametral entgegengesetzt zu den negativen Diskussionen über das eigenen Land bei uns zu Hause!

Wer weiter erfolgreich Menschenrechtspolitik machen will, muss sich ernsthaft darum bemühen, dieses Glaubwürdigkeitskapital zu erhalten und es zum Nutzen aller einzusetzen. Deshalb kann und darf es gerade in schwierigen Fragen kein „Wegducken“ geben. Wir müssen uns in die Lage der Betroffenen versetzen und den menschenrechtlichen Teil bei der Stabilisierung des Friedens in der Welt betonen. Das ist nicht alles, was politisch notwendig ist und getan werden muss. Aber es ist der Teil, der vielleicht am besten zu uns Deutschen und uns Europäern passt.

Anrede,

wenn es um die erste Säule, die Sicherheit geht, dann reden wir zuerst über militärische Stärke – sie bleibt für unsere Sicherheit und die Verteidigung der Freiheit auch weiterhin unverzichtbar. Wir werden dabei auf das enge transatlantische Bündnis, die Führung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Nato nicht verzichten können.

Den USA wird man nach allen meinen internationalen Erfahrungen als Menschenrechtbeauftragter der Bundesregierung in absehbarer Zeit und nicht nur auf Grund der letzten Jahre während der Bush-Administration kaum die Rolle des freundlichen Menschenrechtlers abnehmen. Der Kongress in Washington wird weiter aus der Perspektive der Stärke die Interessen Amerikas sichern. Das bleibt auch die Aufgabe des neuen amerikanischen Präsidenten Obama, auch wenn er sich im Stil so wohltuend von seinem Vorgänger abhebt.

So wie Amerika Menschenrechte und diejenigen die sich dafür einsetzen nicht gering schätzen darf, sollten wir nicht naiv und mit falscher Gutmenschenattitüde auf jene schauen, die sich um die Sicherheit als erster Friedenssäule weit mehr als wir sorgen, also allen voran die USA. Es geht um eine Partnerschaft für den Frieden, in die jeder seine Stärken einbringen sollte.

Die Versuchung, das Bild der drei Säulen, auf denen der Weltfrieden ruht, von Kofi Annan überzustrapazieren, liegt nahe. Aber ich will nicht ausweichen und eine Vermutung auch für die wirtschaftliche Entwicklungssäule äußern. Die Führungsmacht hierfür könnte China werden. Ein wenig zeigte sich diese Abhängigkeit der USA von der Volksrepublik schon am Beginn der Finanzkrise. China löst Deutschland als Exportweltmeister ab. Allein durch die 1,3 Milliarden Menschen, einem fünftel der Erdbevölkerung, die im Reich der Mitte leben, erwächst Stärke. Auch aufgrund Jahrtausende alter Kultur- und Zivilisationsgeschichte werden sich die Chinesen ihren Platz im neuen Konzert der Weltmächte zu sichern wissen.

Für alle übrigen Mächte vermute ich, liegt eine direkte Zuordnung zu den drei Säulen weniger nahe als bei den USA, China und der EU. Beim Nachdenken z. B. über die neue Rolle Russlands könnte man vermuten, alle drei Säulen passen ein wenig: zuerst die unbezweifelbare militärische Stärke, dann aber auch der Rohstoffreichtum, der bei intelligenterer Regierungsführung zu mehr wirtschaftlicher Macht führen könnte und natürlich auch die Frage der Menschenrechte, die zu Russlands Geschichte dazu gehören mehr als wir uns das allgemein bewusst machen. Unsere Europäischen Werte sind von russischen Intellektuellen, Schriftstellern, Malern und Musiker wesentlich beeinflusst worden.

Anrede,

ich hatte vorhin gesagt, Menschenrechte passen vielleicht am besten zu Deutschland und Europa. Die EU bekommt mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages einen Hohen Vertreter für die Außen- und Sicherheitspolitik und einen eigenen Auswärtigen Dienst. Ein Präsident des Europäischen Rates wird für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren gewählt. Wenn es nicht nur um Bürokratie und neue Institutionen gehen soll, dann ist jetzt die Zeit für die Frage, wie kohärentere europäische Außenpolitik aussehen sollte.

Zwischen den Atom- und P 5-Mächten Großbritannien und Frankreich, Südeuropäern, den im UN-Bereich sehr engagierten Skandinaviern und den nach kommunistischer Unterdrückung zu neuem Nationalstolz erwachten Mittel- und Osteuropäern wird es nicht einfach sein, sich auf gemeinsame Linien zu einigen – und Deutschland ist als größtes Land der EU mittendrin.

Diese Einigung wird vermutlich weder im Bereich der Energiepolitik oder der Wirtschaftsbeziehungen noch auf dem Feld militärischer Bündnispolitik zuerst möglich sein. Nach meiner Einschätzung könnte das bei den Wertegrundlagen der Gemeinschaft und den Menschenrechten sehr viel eher möglich sein.

Anrede,

hier können wir im Übrigen auch schon auf gute Grundlagentexte zurückgreifen, wir müssen uns freilich daran halten und die Vorgaben intelligenter als bislang umsetzen.

Es ist leider bei uns und in der EU oft ähnlich wie in menschenrechtsunfreundlichen Staaten: nicht alles, was wir in Vertragstexten unterschrieben haben, nehmen wir auch ernst. Deshalb ist es meist besser, weniger festhalten, aber an das Wenige sich auch wirklich zu halten. Juristen wussten das schon immer. Viele der internationalen Menschenrechtsmechanismen bewirken oft nur ein folgenloses Reden in einer Art positivem Newspeak.

Weniger ist eben manchmal wirklich mehr. Und wir haben gute und prägnante Grundlagen, etwa mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Nur dürfen wir weder den Text noch seine Grundinhalte durch Zusätze und Uminterpretationen verwässern. Dafür kämpfe ich.

Die Gefahr droht von zwei Seiten. Zum einen ist da die gute Absicht der Europäer, möglichst einen großen Kanon an Menschenrechten in internationalen Konventionen, also völkerrechtlich verbindlichen Verträge unterzubringen. Auch wenn Menschenrechte unteilbar sind, sind sie dennoch nicht alle gleich wichtig. Wir sollten deshalb nicht alles und jedes zum Menschenrecht erklären, nur weil wir uns das in den meisten europäischen Ländern wünschen oder innenpolitische Debatten uns dazu drängen.

Die Idee universal geltender Menschenrechte, wie sie dem Grundgesetz zu Grunde liegt ist im Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung wie folgt formuliert: „Alle Menschen sind frei und an Würde und Rechten gleich geboren.“ Menschenrechte stehen also jedem Menschen zu, allein schon deshalb, weil er ein Mensch ist. Sie sind subjektive Rechte und werden i. d. R. gegenüber dem Staat oder der öffentlichen Ordnung geltend gemacht. Menschenrechte sind vorstaatliche, moralische Rechte, die jeder einzelne Mensch unabhängig von seiner Herkunft, seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Leistungen und den Umständen, unter denen er lebt, unveräußerlich besitzt.

Universal geltende Menschenrechte sind ein politisches Konzept und eine geniale Idee, die – maßvoll eingesetzt – viel bewirkt. Wie vieles andere in der Politik kann sie für gute oder schlechte Zwecke instrumentalisiert werden.

Wir Westeuropäer treiben diese gute Instrumentalisierung oft zu weit, und wundern uns dann, wenn andere die von uns mit erzeugten Widersprüche nutzen, um ihre schlechten politischen Absichten durchzusetzen.

Um die zweite Seite, von der Gefahr droht, zu beschreiben, möchte ich ein konkretes Beispiel nennen. Am Beginn der Entstehung oder Entdeckung der Menschenrechte stand ein besonders interessantes Menschenrecht: das Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit. Der aktuelle Menschenrechtsdiskurs im Genfer Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen kreist aber nicht um dieses Menschenrecht, sondern um das Verbot der Diffamierung der Religionen, insbesondere des Islam. Es geht in der Auseinandersetzung nicht mehr um den Schutz des individuellen Menschenrechts auf Glaubensfreiheit. Dieses Recht meint übrigens mehr, als jeder könne privat nach seiner Façon selig werden. Es beinhaltet auch die öffentliche und gemeinschaftliche Religionsausübung und Lehre.

Die Organisation der islamischen Konferenz, also Staaten wie Ägypten, Pakistan oder Malaysia propagieren mit Unterstützung aller Afrikaner und Asiaten so genannte kollektive Menschenrechte. Es geht dabei also nicht um den Schutz des individuellen Rechts, sondern um das Recht der religiösen Gruppe. Diese Gruppenrechte haben aber mit dem ursprünglichen Menschenrechtskonzept nichts zu tun, ja sie gefährden es sogar. Einzelne Menschen, nicht Religionen haben Menschenrechte.

Bedauerlicherweise müssen wir heute in der EU schon froh sein, wenn wir diese menschenrechtliche Relativierung verhindern und am Ende die Mehrheit in den UN nicht das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit durch ein Verbot der Diffamierung des Islam abschafft.

Wir beschließen stattdessen im Konsens eine Resolution, die die Toleranz gegenüber unterschiedlichen Religionen fordert. Doch Toleranz von Regierungen gegenüber ihren Bürgern, worauf sich Länder wie Ägypten z. B. bezogen auf die drei Buchreligionen gut einlassen können, ist etwas anderes, als die Staaten zu verpflichten, das Menschenrecht auf Glaubensfreiheit für alle Menschen aller Glaubensrichtungen zu schützen. Der Einzelne hat das Recht und der Staat ist verpflichtet, es zu schützen. Das ist weit mehr und grundsätzlich verschieden davon, als wenn der Staat so tolerant ist, und Menschen gewähren oder glauben lässt; und das meist nur so lange, wie sie sich wohl verhalten.

Anrede,

Sie sehen an diesem Beispiel, wie kompliziert es sich mit den Menschenrechten verhält. Nach meiner Erfahrung können wir heutzutage nicht davon ausgehen, dass unser Verständnis von Menschenrechten weltweit anerkannt wird. Es ist vielmehr hoch gefährdet. Und das gilt umso mehr, als sich kaum einer traut, das offen auszusprechen. Natürlich bekennen sich alle Staaten in den Vereinten Nationen zu den Menschenrechten und es ist in gewissem Sinne auch das Wertesystem, das weltweit die meiste Anerkennung erfährt. Aber an der Uminterpretation wird mit guten und schlechten Absichten verstärkt gearbeitet.

Es geht bei erfolgreicher Menschenrechtspolitik also um die wirkliche Umsetzung dieser fantastischen Idee für alle Menschen: unabhängig davon, ob sie in Deutschland oder der Schweiz geboren sind oder in China, Simbabwe, Weißrussland oder Myanmar/Birma. Das lohnt den Einsatz.

Anrede,

es gibt nicht nur Gründe für unser Verständnis von Menschenrechten, sondern auch gute Gründe dagegen. Auch bei uns war es nicht schon immer selbstverständlich, das Individuum ins Zentrum der ethischen Überlegungen zu stellen. Die meisten Gesellschaften sind auch heute noch viel mehr durch Gemeinschaften wie Familien, Clans, Sippen, Muchallas und Dynastien bestimmt. Mir liegt sehr daran, dass wir dafür in der Tat ein neues Verständnis entwickeln. Zu einer erfolgreichen Menschenrechtspolitik, und auch das ist übrigens eine Lehre aus unserer Geschichte, gehört es auch zuzuhören und Partnern mit dem festen Willen zum Dialog zu begegnen.

Die politische Kunst auch der Menschenrechtspolitik besteht darin, den einzelnen Menschen im Zentrum aller Bemühungen zu belassen und gleichzeitig im Konkreten auf Traditionen, Kultur und Religion sehr viel mehr Rücksicht zu nehmen, als wir das bisher getan haben. Das ist im politischen Tagesgeschäft besonders schwer, weil richtige Argumente oft von denjenigen vorgebracht werden, die Menschenrechte um der eigenen Machtsicherung bewusst verachten.

Ich bin dabei strikt gegen eine Neuinterpretation des menschenrechtlichen Universalitätsgedankens im Lichte weltweiter Entwicklungen und neuer Mehrheiten in den Vereinten Nationen. Man kann auch für kulturelle Vielfalt eintreten, ohne das Abhacken von Gliedmaßen nach Sharia-Recht zu akzeptieren. Man kann den Terrorismus bekämpfen, ohne Menschen zu entwürdigen und Geständnisse zu erfordern. Mir ist die wirkliche und schrittweise Durchsetzung von Mindeststandards für alle Menschen wichtiger, als weitgehende menschenrechtliche Kodifizierungen auf dem Papier zu feiern. Wer zu viel will, kann am Ende alles verlieren.

Glaubwürdiges Eintreten für den Schutz der Menschenrechte heißt für mich, zuerst bei uns zu Hause und dann in gleicher Weise gegenüber befreundeten, mächtigen und wirtschaftlich interessanten Staaten die gleichen elementaren Menschenrechtsstandards einzufordern, wie gegenüber kleinen und unbedeutenden Ländern. Wenn überall freie Entwicklungen und freie Meinungsäußerungen möglich sind, wird sich zeigen: Kein Mann, keine Frau, kein Kind, nicht

alte Menschen noch behinderte Menschen wollen in ihrer Menschenwürde verletzt, wollen geschlagen, missbraucht oder getötet werden. Und zwar ganz gleich, ob die Ziele mit der Herstellung von Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität als sinnvoll angesehen werden oder es nur um den Machterhalt von Diktatoren oder senilen Staatschefs geht.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir gute Chancen haben zu verhindern, dass jemals eine demokratische Mehrheit in der Welt die Idee universal geltender Menschenrechte verneint. Bezogen auf die Mehrheit der Regierungen, die ja die Staaten in den UN vertreten, aber ihre eigene Bevölkerung selten im Blick haben, bin ich mir nicht so sicher. Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall und 56 Jahre nach dem Volksaufstand am 17. Juni glaube ich: Wir müssen wieder lernen, die Freiheit zu verteidigen!

Anrede,

einiges können wir dabei aus unseren eigenen Diktaturerfahrungen lernen. Ich hatte davon zu Beginn gesprochen: Festhalten an den eigenen Überzeugungen, selbst wenn der Mainstream zu Hause anderes nahe legt. Das fängt damit an, dass uns die Freiheit noch wichtig sein muss, dass wir von der Idee der Menschenrechte noch so überzeugt sind wie vor zwanzig oder sechzig Jahren. In den diplomatischen Beziehungen und im Gespräch mit Staatschefs müssen wir immer wieder das offene Wort zu Menschenrechtsverletzungen wagen. Das ist im Übrigen ein Punkt, in dem sich die Bundeskanzlerin sehr positiv von ihren Vorgängern abhebt.

Dazu gehört aber auch die Erfahrung, dass grundsätzliche Veränderungen oft länger dauern und dann doch so plötzlich und unerwartet kommen. Deshalb reicht es nicht, zu beobachten, was Politiker sagen oder Mächtige für möglich halten.

Bei all dem müssen uns – und da komme ich auf meine eigenen Erfahrungen zurück – immer bewusst machen: Allzu große Nähe zu den Verletzern von Menschenrechten kann die Menschenrechtsaktivisten entmutigen. Wenn wir mit zweifelhaften Staatschefs reden müssen, sollten wir sie nicht auch noch loben.

Wichtiger erscheint es mir, gesellschaftliche Prozesse zu analysieren. Die Wünsche der Menschen und die Dynamiken innerhalb einer Gesellschaft sind entscheidend. Da wo wir sie beeinflussen können, müssen wir das tun und Forderungen nach Veränderungen in die richtige Richtung stellen. Es gibt auch heute keine übergeordneten Ziele, mit denen wir denjenigen, die unter Menschenrechtsverletzungen leiden, glaubwürdig erklären können, warum wir nichts für sie tun können.

Anrede,

es gäbe noch viel mehr zu nennen, was wir aus der eigenen Geschichte lernen können. Und genauso wichtig wäre eine Analyse, was heute anders ist als im Europa des kalten Krieges. Beides würde den zeitlichen Rahmen dieser Veranstaltung sprengen. Lassen sie mich stattdessen noch einmal auf die Frage der deutschen und europäischen Interessen zurückkommen.

Nach meiner festen Überzeugung ist es in unserem Interesse, die Würde und Unverletzlichkeit jedes einzelnen Menschen zu erhalten. Das ist keine idealistische Gutmenschenpolitik, sondern

mittel- und langfristig auch knallharte Vertretung unserer Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen. Es liegt auf der Hand: Wenn die Inseln von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand größer werden, haben auch deutsche Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger in unserem Land davon Vorteile. Wir müssen auch strategischer über den Einsatz unserer Steuergelder für die Entwicklungszusammenarbeit sprechen. Dabei politische Forderungen zu stellen, die die Menschenrechte befördern, ist nicht unanständig, sondern angezeigt. Bilaterale Zusammenarbeit zwischen Ländern mit klaren Verantwortlichkeiten auf beiden Seiten könnte hier m. E. viel mehr leisten als eine allgemeine, aber anonyme Partnerschaft der EU mit Afrika.

Es geht bei all dem nicht um eine Art Wertekolonialismus, sondern darum für alle Menschen wenigsten Mindeststandards durchzusetzen, die ihnen ein Leben in Freiheit und Würde ermöglichen - geschützt durch ihre eigenen Regierungen und nicht durch UN-Einsätze oder engagierte NGO's. Unser Menschenrechtsverständnis bezieht sich oft darauf, staatliche Übergriffen zu verhindern. Aber ganz ohne staatliche Strukturen ist überhaupt kein Menschenrechtsschutz denkbar! Staatlichkeit ist letztlich auch eine Bedingung für Menschenrechtsschutz, nehmen Sie etwa Staaten wie Somalia oder Gegenden wie den Ostkongo.

Anrede,

interessegeleitete Außenpolitik und wertegeleitete Außenpolitik konvergieren und laufen in mittel- und langfristiger Perspektive auf denselben Punkt zu. Universal geltende Menschenrechte sind für mich so etwas wie die Bedingungen der Möglichkeit des friedlichen und menschenwürdigen Zusammenlebens der Menschen in der globalen Welt.

Als ich Ende November 1989 das erste Mal Bonn besuchte, sagte mir ein Ministerialbeamter: „Kein Staat macht wirklich Außenpolitik. Vielmehr werden die außenpolitischen Themen nur für die Innenpolitik instrumentalisiert.“ Ich bin mir da nicht so sicher, aber ich glaube, dass wir heute unsere innenpolitischen Interessen und Erfahrungen dafür nutzen könnten, um wirklich einmal Außenpolitik zu konzipieren. Am Ende hätte das im Übrigen wieder klare innenpolitische Vorteile. Wenn wir das allerdings nicht erkennen, könnte es sein, dass uns außenpolitische Bedingungen dazu zwingen, innenpolitisch umzudenken und wir unserer lieb gewordene Art zu leben aufgeben müssten. Das wird nicht in den nächsten zehn Jahren geschehen, aber vielleicht auch nicht erst in fünfzig.

Anrede,

Eppler sprach vor zwanzig Jahren vom „Abstand zwischen Grundsatzserklärungen und Fernzielen auf der einen, der praktischen Politik auf der anderen Seite.“ Und erinnern wir uns: Der Konvergenzpunkt war damals mit dem 9. November keine fünf Monate entfernt. Ich glaube wie er, dass diese Kluft „heute gefährlicher ist als früher.“ Aber ich glaube auch, dass die Chancen für eine konsistente Menschenrechts-, Außen- und Interessenpolitik heute besser sind als damals.

Meine Grundhaltung bleibt zwar eher skeptisch. Und mir fallen zum Schluss zwei Buchtitel aus jenen Tagen der Blockkonfrontation ein. Erhard Eppler versuchte „Wege aus der Gefahr“ zu beschreiben. Der von mir sehr geschätzte Carl Friedrich von Weizsäcker war bescheidener und titelte „Wege in der Gefahr“. Vielleicht ist mehr nicht möglich. Wer aus der Gefahr heraus will,

wählt ein Ziel, das sich unter Umständen als falsch herausstellt. Dann geht man in die Irre. Bei „Wegen in der Gefahr“ dagegen reicht ein verlässlicher innerer Kompass.

Wir nutzen unsere Erfahrungen am besten, wir setzen unsere Glaubwürdigkeit am wirksamsten ein und wir dienen unseren nationalen Interessen am besten, wenn dieser innere Kompass sich am Einsatz für den weltweiten Schutz elementarer Menschenrechte orientiert – gleich wo und wem gegenüber, ob zu Hause oder weit draußen in der Welt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.